

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 98 (2004)
Heft: 7-8

Rubrik: Zeichen der Zeit : Partei ohne Eigenschaften

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Willy Spieler

Partei ohne Eigenschaften

Die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) tut sich schwer in der schweizerischen Parteienlandschaft. Die Erosion der Wählerbasis bringt es an den Tag: Lag der Anteil der CVP bei den Nationalratswahlen 1979 noch bei 23,5 %, waren es im Vorjahr gerade noch 14,4 %. Nach neusten Meinungsumfragen ergäbe sich heute ein historischer Tiefstand von 12 %. Der Verlust des zweiten Sitzes im Bundesrat ist die bislang schmerzlichste Folge dieser Entwicklung.

Um den drohenden Niedergang wenigstens aufzuhalten, möchte sich die CVP auf ihre *Grundwerte* (zurück-)besinnen und aus ihnen ein zukunftsgerichtetes *Programm* herleiten. Die Absicht ist zwar verständlich, ja löblich, aber sie scheitert nicht nur an den divergierenden Interessen in dieser Partei, sondern auch an ihrem Theoriedefizit. Genügt es, das C im Namen zu führen, um sich politisch zu legitimieren? Genügt es, die politische «Mitte» zu beanspruchen, um Eigenständigkeit zu beweisen? Genügt es, sich als «Wertepartei» darzustellen, um damit schon das Gemeinwohl zu vertreten? Ein «Basiskongress» soll am 18. September die fällige Grundsatzdebatte führen und am gleichen Datum das Parteipräsidium wählen.

Entscheidungsgrundlagen sind vor

allem zwei Papiere. Das erste trägt den Titel: «Unsere Charta für eine freie und solidarische Gemeinschaft Schweiz: die Grundwerte», das zweite ist überschrieben mit: «Unsere Reformen für den Aufbruch: das Grundsatzprogramm». Die Sonntags- und Brandreden werden sich am ersten orientieren, während das zweite einem Gemischtwarenladen gleicht und den politischen Alltag bedienen dürfte.

Das C als Leerformel

Das C bedeute ihr viel, sagt die einzige Kandidatin für das Parteipräsidium, *Doris Leuthard*. Es fordere dazu auf zu fragen: «Was eigentlich bedeutet christlich sein? Was bedeutet es, christlich zu denken?» (TA 26.6.04). Nur fragt das die CVP schon lange, genau genommen seit 1971, dem Jahr ihres Paradigmenwechsels von der katholischen zur «christlichen» Partei. Und sie wird noch lange fragen, denn das C ist für die CVP längst kein Inhalt mehr, sondern eine *emotionale Klammer*, die das Ganze der Partei notdürftig zusammenhält. Das eine bedingt das andere: Nur wenn das C keine inhaltliche Verbindlichkeit beansprucht, können alle Mitglieder in dieses Kürzel hinein projizieren, was ihnen wichtig ist. Es bindet dann die liberalen «Modernisten» im Mittellandgürtel vom Bodensee bis Genf nicht weniger als die konservativen «Nationalisten» in den katholischen Stammlanden. (Das Ja der CVP zum EWR 1992 und zu sofortigen Beitrittsverhandlungen mit der EU 2001 trug wesentlich zum Erosionsprozess der Partei in der Inner-schweiz zugunsten der SVP bei.)

Ein C, das in seiner mal reaktionären, mal progressiven Lesart allen etwas bietet, verkommt zur Leerformel. Mehr scheint auch gar nicht nötig zu sein: Seit Parteiarbeit in der CVP wie anderswo keine Denkarbeit mehr ist, genügt das *Design*. Es deckt die Blößen einer Partei ohne Eigenschaften.

1971 hat sich die Partei vom politi-

schen Katholizismus offiziell verabschiedet und eine Neuorientierung als überkonfessionelle christliche Volkspartei versucht. Aber sie hat es unterlassen, diesen Paradigmenwechsel zu reflektieren. Dahinter stand weniger eine theologische oder ethische Überlegung als vielmehr der strategische Wunsch, das Wählersegment nach dem *Vorbild der deutschen CDU* zu erweitern.

Zuvor schon hatte sich die katholische Kirche selbst vom politischen Katholizismus losgesagt. Die Dokumente des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962–1965), insbesondere die Pastoralkonstitution «Über die Kirche in der Welt von heute» und die «Erklärung über die Religionsfreiheit» vertreten nicht mehr die alte Lehre, nur ein «*christlicher*» – sprich: «katholischer» – Staat könne das Gemeinwohl verwirklichen; denn «nur die Wahrheit» habe «ein Recht auf Dasein». Vorbei ist die Zeit, da die kirchliche Soziallehre die Gläubigen auf eine sog. christliche Politik verpflichtete und ihnen so etwas wie ein parteipolitisches Grundsatzprogramm lieferte, das der Abgrenzung gegenüber dem Liberalismus und dem Sozialismus diene, aber auch klerikalfaschistischen Ideologien Vorschub leistete.

Bewusst oder unbewusst ist die CVP ihren katholischen Ursprüngen auch dadurch treu geblieben, dass sie sich von ihnen löste – wie es die neue politische Theologie der Konzilskirche vorgab. Nur war das C anstelle des K eine – höchst problematische – Verlegenheitslösung. Wenn der Staat nicht mehr Glaubensstaat sein kann, sondern sich auf das «*zeitliche Gemeinwohl*» beschränken muss, dann darf er sich auch nicht mehr im Namen einer Religion, und sei es der christlichen, legitimieren. «Christlich» ist nicht der christliche, sondern der weltliche, der «laikale» Staat, der sich als religiös und weltanschaulich neutral versteht, folglich zu Religionsfragen keine Stellung nimmt.

Wenn also das C meinen sollte, die

CVP wolle einen *christlichen Staat*, wie die SP einen sozialen, die FDP einen liberalen Staat will, so wäre das ein Widerspruch in sich selbst. Denn es gäbe nichts «Unchristlicheres» als das Beharren auf einem «christlichen» Staat. Wenn aber der christliche Staat nicht das Ziel des Politischen sein kann und darf, was soll dann eine «christliche» Partei? In Anlehnung an Dietrich Bonhoeffer sei's gesagt: Was «spezifisch christlich» ist wie das Letzte des Glaubens, gehört nicht in die Politik. Und was in die Politik gehört wie das Vorletzte (aber nicht minder wichtige) der Humanität, kann nicht «spezifisch christlich» sein.

Menschen, gar politische Gemeinschaften müssen auch nicht an Gott glauben, um die Humanität zu pflegen und in politische Praxis umzusetzen. Jede andere Meinung – bis hin zur Forderung nach einem Transzendenzbezug in unseren Verfassungen – ist ein Rückfall in den Triumphalismus des «hohen C», der den «Gläubigen» mehr politische Vernunft zuspricht als den «Ungläubigen». Müssten die «Gläubigen» dafür den *historischen Tatbeweis* liefern, könnte dieser allerdings ins christliche Auge gehen. Ragaz meinte schon zu seiner Zeit: «Gott kann also sehr wohl bei den Sozialisten sein, die ihn leugnen, und kann bei den Christen, die ihn bekennen, nicht sein. Gott ist da, wo seine Gerechtigkeit ist, wo seine Sache vertreten wird, nicht da, wo man ihm Tempel baut und Gottesdienste feiert.»

Wie «christlich» ist die Mitte?

Inhaltsleer ist auch die Position der Mitte, die sich als besonders C-verträglich anzubieten scheint. Dass die «Tugend» in der Mitte zwischen den Extremen des «Zuviel» und des «Zuwenig» liege, hat zwar schon der «gute Heide» *Aristoteles* behauptet. Aber die Verallgemeinerung seiner sog. Mesotes-Lehre zu einer «christlich» firmierenden «Mitte» zwischen einem «Zuviel» an Staat = Sozialismus und einem «Zuwenig» an Staat =

Liberalismus ist doch etwas gar simpel. Hinzu kommt, dass *Jesus* offensichtlich kein Aristoteliker war. Im Gegensatz zum Philosophen hielt der Prophet von Nazareth wenig von denen, die «weder kalt noch warm» sind.

Die politische Mitte definiert sich nicht mit eigenständigem Inhalt, sondern von den jeweiligen Polen her. Verschieben sich die Pole, dann wird auch die Mitte neu justiert. Das heisst: Wer nur in der Mitte sein will, verliert die *Definitionsmacht* über seinen politischen Standort. So hat der *Rechtsrutsch* innerhalb des politischen Bürgertums in der Schweiz auch die Mitte nach rechts verschoben. Wo die Mitte früher war, steht heute die SP. Sie hat den Rechtsrutsch auf ihre Weise nachvollzogen und aufgehört, eine sozialistische Partei zu sein. Stattdessen entwickelt sie Konzepte einer sozialen und bestenfalls ökologischen Marktwirtschaft. Auf der anderen Seite wird die Sozialpolitik von Blocher bis zur Wirtschaftsredaktion der NZZ als «sozialistisch» verunglimpft. Soviel «linke» Mitte war nie. Ich sag's mit Bedauern.

Aber findet in der schweizerischen Politik nicht eine beispiellose *Polarisierung* statt, die nur dank einer starken Mittepartei überwunden werden könnte? Die CVP bekämpft ihren Niedergang gern mit dem Griff nach diesem ideologischen Strohalm. Es gehört denn auch zur Ideologie der Mitte, dass sie links wie rechts dieselbe Polarisierung sieht und damit übersieht, dass es nur einen Pol gibt, der Regierung und Parlament politikunfähig macht (was heute «Reformstau» heisst). Wenn FDP und CVP im Sog der SVP nur noch rechtsbürgerliche Vorlagen produzieren wie bei der Avanti-Initiative, dem Steuerpaket für die Reichen und der AHV-Abbauvorlage, dann sind diese selbsternannten Mitteparteien Teil des Problems, für dessen Lösung sie sich ausgeben. Fakt ist, dass Koalitionen von FDP, CVP und SP nach wie vor mehrheits-

fähig sind, wie Neat, Bahn 2000, Uno-Beitritt und die bilateralen Verträge mit der EU gezeigt haben und die kommende Abstimmung über den bezahlten Mutterschaftsurlaub hoffentlich zeigen wird.

Die Art und Weise, wie die Mitte die Pole definiert und abwertet, ist von fast rührender Hilflosigkeit. So positioniert Frau Leuthard ihre Partei zwischen dem «nationalkonservativen Gedankengut» der Rechten und der «etatistischen Haltung der Linken» (NZZ, 28.1.04). Welchen «*Etatismus*» meint die angehende CVP-Präsidentin? Den «*service public*»? Ihn betont ja auch die CVP. Den Sozialstaat? Was wäre daran falsch? Die Skepsis gegenüber Privatisierungen? Sie wird vom Volk geteilt. Oder die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und Grossbanken? Das wäre Etatismus; wer ihn aber der heutigen Linken zuordnet, sieht Gespenster.

Im Grundwertepapier der CVP werden die Pole gar noch ideologisch überhöht. Dem «menschenfeindlichen Neoliberalismus» steht der «untaugliche Sozialismus» gegenüber. Was die CVP als *Sozialismus* definiert, sind «nach-89er» Phantomschmerzen. Da liest sich wie eine Polemik aus alten Zeiten: «Das sozialistische Menschenbild begreift den Menschen als Teil einer Klasse. Der Sozialismus versucht, für diese Klasse ein Maximum herauszuholen. Wer nicht zur Klasse gehört, ist politisch nicht legitimiert. Die Politik ist in diesem Modell das Feilschen um Klasseninteressen – der Staat der Selbstbedienungsladen, um diese Interessen zu befriedigen. Das Wohl der Gemeinschaft und die Auseinandersetzung um die Zukunft unseres Landes bleiben auf der Strecke.»

Was Sozialismus ist, bestimmt offenbar die CVP. Und kramt dabei erst noch in der Mottenkiste eines *vulgären Antikommunismus*. Wo soll es in der real existierenden Schweiz eine Bewegung geben, die nur entfernt diesem CVP-«Sozialismus» entspricht? Aber vielleicht

wäre es ganz gut, wenn die SP Schweiz ihre Grundwerte auch einmal durchbuchstabierte, um solche offenbar immer noch grassierenden Feindbilder durch den programmatischen Tatbeweis zu widerlegen.

«Wertepartei»

Die CVP spricht oft und gern von ihren «christlichen Werten». Was damit gemeint ist, bleibt einmal mehr unklar. Es gibt ja keine politischen Grundwerte, die nicht allgemeinemenschliche Werte wären. Sie als «christlich» zu bezeichnen, ist völlig unnötig, wenn nicht vermessen. Es gibt auch im Wertediskurs unter den Parteien keinen «christlichen» Wettbewerbsvorteil, sondern es geht um den je besseren Entwurf der politisch verfassten Gesellschaft nach einem Massstab rational diskutierbarer *Menschlichkeit*. In diesem säkularen Sinne freilich wäre die CVP als «Wertepartei» sehr willkommen.

Enttäuschend ist dann allerdings die Werteskala der CVP. Wirklich durchdacht wird in den Parteitagspapieren nur die «Nachhaltigkeit», die in konkrete Forderungen mündet wie: ökologische Steuerreform, CO₂-Abgabe, sofortige Ratifizierung der Protokolle der Alpenkonvention, Ausbau von Nationalparks und Festhalten am Verbandsbeschwerderecht. Da wird sich mancher CVP-Parlamentarier die Augen reiben, wenn denn dieser ökologische Forderungskatalog in der Partei überhaupt eine Chance hat. Um die Frage der Kernenergie schlägt das Papier allerdings einen weiten Bogen, sie kommt ganz einfach nicht vor.

Undefiniert und unverbindlich kommt das «Soziale» daher. Die Rede ist von Solidarität, sozialem Frieden und sozialer Marktwirtschaft, nicht aber von sozialer Gerechtigkeit, gar von Gleichheit. Den Werten folgen auch nicht die *Grundsätze*, die in der heutigen *Sozialethik der Kirchen* von Bedeutung sind, wie zum Beispiel: «Gemeinwohl kommt

vor dem Markt.» – «Der Mensch ist das Subjekt von Wirtschaft und Politik.» – «Arbeit hat den Vorrang vor dem Kapital.» Warum erwähnt die CVP diese ordnungspolitischen und gegenüber dem Neoliberalismus systemsprengenden Grundsätze nicht? Hat das Parteiestablishment davon überhaupt Kenntnis? «Von den Führungskräften der Wirtschaft verlangen wir einen Diskurs über den Wert menschlicher Arbeit», heisst es im Grundsatzprogramm. Warum fordert die CVP diesen Diskurs nur von der Wirtschaft und nicht auch von sich selbst?

Man will beides sein: Wertepartei und «Politbewegung der wirtschaftsfreundlichen Kräfte», wie Frau Leuthard sagt (TA 2.4.04). In der Praxis sieht es dann so aus, dass die Sozialpolitik unter dem *Vorbehalt ihrer Finanzierbarkeit* steht und damit immer weniger mehr stattfindet. Erinnerung sei an die vom Parlament überwiesene Motion des St. Galler CVP-Nationalrates *Felix Walker*, die der Bundeskasse einen Aderlass um nicht weniger als 7 Milliarden Franken zumutet. Man kann halt nicht beides haben: Solidarität in der Sozialpolitik und Erbarmungslosigkeit in der Sparpolitik. Auch für die EU wiederholt sich dieser CVP-Spagat: Beitrittsverhandlungen ja, aber nur wenn «die Interessen des Finanzplatzes Schweiz» – sprich: das *Steuerhinterziehungsgeheimnis* – gewahrt bleiben.

Mit der Forderung nach dem «agilen Staat» entlarvt das Grundsatzprogramm sich am Ende selbst. «Agil» sind sie ja wirklich, die Staatsfrauen und -männer von der CVP, die ihre Politik mit dem Vokabular einer Revisionsfirma als «zielorientiert» und «urban» verkaufen. «Agil» ist keine politische Eigenschaft, sondern für jedes Produkt verwendbar – wie das Oberflächendesign des C.

«So ein Mensch ist doch kein Mensch» heisst es in Musils «Der Mann ohne Eigenschaften». Und was wäre von «so einer Partei» zu sagen? ●